

## Personalveränderungen bei der Beobachtermission

Bei der deutschen Beobachtermission bei den Vereinten Nationen ist der Posten des stellvertretenden Beobachters nunmehr durch Botschaftsrat Prof. Dr. Fritz Caspari besetzt worden, der vorher als Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London tätig war. Prof. Caspari verfügt über langjährige Kenntnisse der Vereinigten Staaten, da er von 1939 bis 1954 am Scripps College in Kalifornien und an der Universität Chikago Geschichte gelehrt hat. Seit 1955 ist Prof. Caspari Honorarprofessor für neuere englische Geistesgeschichte und Literatur an der Universität Köln. Er promovierte an der Universität Hamburg bei Emil Wolff in Anglistik und hatte vorher als Rhodes Scholar in Oxford studiert.

## Deutsche Mitarbeit an Entwicklungsprojekten der UN

Deutsche Fachleute sind an Entwicklungsprojekten der Vereinten Nationen ständig in der vielfältigsten Weise beteiligt. So waren im Rahmen der von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, am Stichtag 1. Juli 1963 insgesamt 13 deutsche Experten als Berater bei Entwicklungsprojekten tätig, 7 von ihnen in Asien, 5 in Afrika und einer in Lateinamerika. Ihre Arbeitsgebiete umfassen die Ausbildung von Facharbeitern und Ausbildern für die betriebliche Berufsausbildung, die Fortbildung mittlerer und leitender betrieblicher Führungskräfte, Beratung in Produktivitätsfragen, in Sozialversicherungsfragen sowie Hilfe beim Aufbau und der Reorganisation von Genossenschaften. Neben erheblichen Beiträgen aus dem eigenen ILO-Haushalt stehen diesen Entwicklungsprojekten aus Mitteln der Vereinten Nationen für das laufende Jahr 58 Millionen DM zur Verfügung. — Die Mitarbeit deutscher Experten an dem Hilfeleistungsprogramm der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) weitet sich laufend aus. So erhielt Professor Dr. Gottschalk, Köln, den Auftrag, die Regierung von Mexiko für ein Vierteljahr über ein Forschungsprogramm auf dem Gebiet der Cytogenetik zu beraten. Professor Dr. Pollermann, Jülich, hat bereits für die IAEO in Entwicklungsländern tätig war, erhielt einen Auftrag nach Saudi-Arabien. Er wird dort die Grundlagenplanung für Kernenergiefragen durchführen. — Weitere Verpflichtungen der Vereinten Nationen zur Mithilfe an Entwicklungsprojekten sind folgende: Als Sachverständiger für den Bau von Flußschiffen wurde Dipl.-Ing. Adolf Hummel, Mannheim, zu einem achtmonatigen Aufenthalt nach Birma verpflichtet. Dr. Ralph von Gersdorf, der bereits seit zwei Jahren für die UN als Experte für Fragen der Nationalökonomie tätig ist, erhielt einen Beratungsauftrag für den Libanon. Dr.-Ing. Franz-Josef Schuster, München, wird für die Dauer von zwei Jahren in Ghana als Fachmann für Wetterkunde tätig sein. — Professor Dr. Arnold Heller, Direktor im Bundesgesundheitsministerium Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, ist für fünf Jahre in den Beratenden Expertenausschuß für Luftverunreinigung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) berufen worden.

## Deutsche Beteiligung an Wolfram-Studie

In der ersten Septemberhälfte fand bei den Vereinten Nationen in New York eine Sitzung der Expertengruppe des Wolfram-ad-hoc-Ausschusses statt, an dem die Vereinigten Staaten, Bolivien, Portugal und die Bundesrepublik teilnahmen. In dem Bericht für den ad-hoc-Ausschuß wurde die Lage am Wolfram-Markt und insbesondere die Preisentwicklung analysiert. Außerdem wurden Vorschläge darüber gemacht, welche Methoden angewandt werden könnten, um unter gewissen Voraussetzungen die Weltmarktlage für Wolfram zu verbessern. Die deutsche Delegation setzte sich aus Oberregierungsrat von der Becke vom Bundeswirtschaftsministerium, Herrn Starck als Experten der deutschen Wirtschaft für Wolfram-Konsum und Legationsrat Dr. Brunner von der deutschen Beobachtermission bei den UN zusammen.

## Dr. Rainer Barzel über die deutschen Forderungen auf Menschen- und Selbstbestimmungsrecht

Dr. Rainer Barzel hielt, noch als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, am 7. September 1963 über den Berliner Sender RIAS an die Deutschen in Mitteldeutschland und Ost-Berlin eine Ansprache, in der er die deutschen Forderungen wiederholt auf die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht stützte. Unter anderem sagte er:

„Ohne Selbstbestimmung aller Deutschen gibt es keine dauerhafte Friedensordnung, gibt es keine reale Entspannung... Wer den Frieden will, muß die Menschenrechte wollen — überall in der Welt. Die Vereinten Nationen stellen in ihrer Satzung den Grundsatz auf — ein Grundsatz von weltweiter Geltung —, daß durch Nichtachtung der Menschenrechte der internationale Friede gefährdet sein könne.

Die feierliche Erklärung der Menschenrechte, von der UNO beschlossen und verkündet, sagt im einzelnen, was diese Menschenrechte seien. Artikel 21 dieser Erklärung bestimmt, daß der Wille des Volkes die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt bilde und daß jeder das Recht habe, sich an den öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Allgemeine, gleiche und geheime Abstimmungen und Wahlen gehören nach diesem Artikel zu den Menschenrechten. Freie Wahlen sind Ausdruck der Menschenrechte. Ohne Wahrung der Menschenrechte ist der Frieden in Gefahr. Also gefährdet auch der den Frieden, der freie Wahlen verhindert. Friedensfeindlich ist das Versagen der Menschenrechte, der Selbstbestimmung, der freien Wahlen, und genau das wird Ihnen, den deutschen Menschen unter sowjetischer Fremdherrschaft, 18 Jahre nach Kriegsschluß versagt. Diese Tatsachen — die Fortdauer der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland, die Versagung der Selbstbestimmung und der freien Wahlen — gefährden den Frieden. Friedenspflicht ist, das zu beseitigen.“

## Bundesregierung weist Angriff Gromykos zurück

Als dritter Redner in der am 19. September begonnenen Generaldebatte der Generalversammlung der Vereinten Nationen hat der sowjetische Außenminister Gromyko heftige Angriffe gegen die deutsche Bundesregierung gerichtet. Namens der Bundesregierung erklärte der Leiter des Presse- und Informationsamtes, Staatssekretär von Hase, am 20. September folgendes:

„Ich möchte mit Nachdruck die Beschuldigungen Gromykos zurückweisen, daß die Bundesregierung sich jeder vernünftigen Friedensregelung widersetze. Die Bundesregierung hat seit Jahr und Tag auf diesem Gebiet zahlreiche Vorschläge unterbreitet. Sie hat auch zahlreiche Anfragen an die Sowjetunion gerichtet, die aber unbeantwortet geblieben sind. Ich erwähne hier nur das Memorandum der Bundesregierung vom 21. Februar 1962, auf das bis zum heutigen Tage keine Antwort eingegangen ist. Wenn Gromyko sagt, daß es die Bundesregierung sei, die immer wieder jede vernünftige Friedensregelung torpediere, so kann man dem nur entgegenhalten, daß es das Besatzungsregime ist, das die Sowjetunion in der Zone errichtet hat, was dazu führt, daß wir auf diesem Gebiet heute noch zu keiner Regelung gekommen sind. Solange die Sowjetunion es dem deutschen Volke verwehrt, sich seine eigene innere Ordnung aufzubauen, solange wird es auch keine friedliche Regelung geben können. Die Tatsache, daß Gromyko in den Mittelpunkt seiner polemischen Ausführungen die deutsche Frage gestellt hat, ist auch ein Beweis für die Richtigkeit der These der Bundesregierung, daß ohne eine Lösung der deutschen Frage und ohne die immer wiederholte Verknüpfung der deutschen Frage mit den Weltproblemen keine Lösung gefunden werden kann.“

## Der Bundesaußenminister zu den gegenwärtigen Entspannungstendenzen

Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder gab während seines kürzlichen Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten am 21. September 1963 dem Vertreter der Kölnischen Rundschau in Washington ein Interview. Das Gespräch ging um die zwi-

schen den Amerikanern und den Russen in jüngster Zeit geführten Entspannungsbemühungen. Dr. Schröder berührte in seinen Antworten wiederholt die Vereinten Nationen. Zwei Tage vorher hatte in der UN-Generalversammlung in New York der sowjetische Außenminister Gromyko davon gesprochen, daß die Ursachen der Spannung beseitigt werden müßten, und zwar in der gleichen Rede, in der er heftige Ausfälle gegen die Bundesrepublik machte. Der Bundesaußenminister sagte hierzu:

„Nun, Herr Gromyko ist ja Deutschland gegenüber recht unfreundlich gewesen. Und wenn Sie aus seiner Rede den Passus anführen, auch die Ursachen der Spannung müßten beseitigt werden, so hat Herr Gromyko dabei offenbar eine falsche Vorstellung von diesen Ursachen. Die Spannungen sind nicht etwa hervorgerufen worden durch die Politik der Bundesregierung — so wie der sowjetische Außenminister behauptete —, sondern sie sind die Folgen der Politik der Sowjetunion, die seit Jahren einen Teil Europas unter ihre Herrschaft gebracht hat und die — wie wir in der Berlin-Krise gesehen haben — den Versuch gemacht hat, weitere Teile Europas, in diesem Fall Westberlin, auch noch der sowjetischen Herrschaft zu unterwerfen.“

Auf den Hinweis des Fragestellers, daß die Rede Gromykos gezeigt habe, wie sehr die Russen das deutsche Problem als eine zentrale Frage zwischen Ost und West ansehen, antwortete Dr. Schröder:

„Das ist das deutsche Problem ja auch. Darin stimmen wir mit den Sowjets durchaus überein. Die Wichtigkeit der deutschen Frage kann von niemandem bestritten werden. Wir sind eben der Meinung, daß ohne die Lösung dieses Problems auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes die Spannungen zwischen West und Ost gar nicht beseitigt werden können und daß man daher in der gegenwärtigen Periode der Entspannungsgespräche nicht daran vorbeikommt, sich auch diesem Problem zuzuwenden und dafür eine Lösung zu suchen, die dem deutschen Volk endlich die Selbstbestimmung gibt.“

Auf einen Hinweis, daß Präsident Kennedy vor der UN-Generalversammlung am Vortage und einen Tag nach der Gromyko-Rede gleichfalls in Verbindung mit der deutschen Lage das Selbstbestimmungsrecht genannt habe, sagte der Minister: „Lassen Sie mich ein Wort sagen zu der Rede Kennedys vor den Vereinten Nationen. Ich glaube, wir haben Anlaß, für diese Rede sehr dankbar zu sein. Der Präsident hat doch in sehr entschiedener Weise dreierlei gesagt: Er hat einmal erklärt, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechtes den ganz fundamentalen Unterschied zwischen der östlichen und der westlichen Auffassung bestimmt, insofern, als der Westen sich zum Selbstbestimmungsrecht bekennt, und der Osten das Selbstbestimmungsrecht mißachtet. Der Präsident hat dabei Deutschland und Berlin besonders hervorgehoben. Er hat zweitens versichert, daß die amerikanische Regierung in den Gesprächen mit den Sowjets nichts tun wird ohne volle Konsultation mit ihren Verbündeten, über deren Kopf hinweg auch keine wirksame Entscheidung getroffen werden kann. Schließlich hat Präsident Kennedy auch unterstrichen, daß zwischen dem Westen und der Sowjetunion weiterhin grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Solange sie andauern, gäbe es nur beschränkte Möglichkeiten für eine Verständigung, und der Westen dürfe in seiner Wachsamkeit nicht nachlassen.“

#### **Der deutsche Außenminister bei U Thant**

Während seines Aufenthaltes in New York besuchte Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder am 26. September in Begleitung des deutschen Beobachters bei den Vereinten Nationen, Botschafter von Braun, den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant. In einer halbständigen Unterredung kam es zu einem Meinungsaustausch über die Deutschland- und Berlinfrage, bei der Übereinstimmung darüber festgestellt werden konnte, daß die vier Großmächte in erster Linie für Lösungsversuche in der Deutschlandfrage zuständig seien. Der Generalsekretär, der sich kürzlich vor Beginn der Generalversammlung in einer Pressekonferenz unzweideutig in dieser Richtung geäußert hatte, vertrat auch dem Bundesaußenminister gegenüber diesen Standpunkt. Der Generalsekretär benutzte die Gelegenheit, um der Bun-

desrepublik für die verschiedenen Beiträge zu danken, die sie, obwohl nicht Mitglied der Vereinten Nationen, für den Zivilen Kongofonds der UN, für die Anleihe der Vereinten Nationen und ständig für die verschiedenen Sonderorganisationen der UN leiste. Bundesaußenminister Dr. Schröder unterstrich seinerseits, daß die Bundesrepublik Deutschland die Ziele der Vereinten Nationen ohne Vorbehalte billige und sich stets auf den Boden der Charta der Vereinten Nationen gestellt habe.

#### **Zusammentreffen von Außenminister Schröder mit UN-Delegierten**

Zu Ehren von Bundesaußenminister Dr. Schröder gab der deutsche Beobachter bei den Vereinten Nationen, Botschafter von Braun, ein Essen in seinem Hause, an dem etwa zwanzig ständige Delegierte bei den UN sowie einige höhere Beamte aus dem Sekretariat der UN teilnahmen. Die anwesenden Botschafter vertraten befreundete Länder Europas, Asiens, Afrikas sowie Nord- und Südamerikas. Der deutsche Außenminister benutzte die Gelegenheit, um in diesem einmaligen Rahmen weltweiter Zusammenkunft einige Ausführungen zur Deutschlandfrage zu machen und verschiedene Fragen, darunter über die Auswirkungen der gegenwärtigen Bemühungen um eine weltpolitische Entspannung auf die Situation in Berlin, zu beantworten. Der Minister wies darauf hin, daß von Moskau sicherlich keine Aktionen gegen Berlin begonnen werden würden, solange die sowjetische Regierung um eine Entspannung bemüht sei, erinnerte jedoch an das Wort von Chruschtschow einem westlichen Diplomaten gegenüber, daß Berlin ein wunder Punkt sei, auf den er, Chruschtschow, von Zeit zu Zeit drücken werde.

#### **Erneute Beschwerde des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ bei der Menschenrechtskommission**

Am 30. September hat eine Delegation des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ dem Direktor der Menschenrechtskommission bei den Vereinten Nationen, Humphrey, eine dritte Beschwerde „wegen der Verletzung von Menschenrechten jenseits der Berlin- und ganz Deutschland trennenden Mauer und Bemerkungen über mögliche Lösungen“ übergeben. Die Delegation setzte sich zusammen aus Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz, Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums, Dr. Thomas Dehler, FDP, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, Dr. Johann Baptist Gradl, CDU, Mitglied des Bundestags und stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche und Berlin-Angelegenheiten, Kurt Mattick, SPD, Mitglied des Bundestags und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Berlin, und Walter Sickert, Vorstandsmittglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Berlin.

Die Delegation wurde während ihres Aufenthalts in New York von einer Reihe von Außenministern und Chefdelegierten bei der 18. Generalversammlung der Vereinten Nationen empfangen, darunter dem USA-Außenminister Rusk, dem britischen Staatsminister Thomas, dem dänischen Außenminister Haekkerup, dem belgischen Außenminister Spaak, der indischen Delegierten Madame Pandit Nehru sowie den ständigen Delegierten mehrerer afrikanischer und asiatischer Staaten. In allen diesen Gesprächen und in zahlreichen Kontakten mit Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen hob die Delegation insbesondere ihre Anregungen zur Lösung der Deutschland- und Berlinfrage hervor. Sie fand damit erhebliches Interesse, da es sich um mancherlei neuartige Gedankengänge handelte, die von den drei Parteien des Bundestages sowie den Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sorgfältig ausgearbeitet worden sind und in einem Zeitpunkt vorgelegt wurden, in dem sich in der Weltpolitik die Bemühungen um größeres gegenseitiges Verständnis zwischen Ost und West intensiviert haben und in dem in Deutschland ein Regierungswechsel erfolgte.

#### **Dr. Konrad Adenauer über das Selbstbestimmungsrecht in der deutschen Situation**

Dr. Adenauer äußerte sich noch in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler am 4. Oktober 1963 zu einem Redaktionsmit-

glied der „Deutschen Welle“ auf die Frage, wie er die Aussichten für Menschlichkeit und Selbstbestimmung in Verbindung mit der deutschen Lage beurteile, wie folgt:

„Die Unterstützung, die Deutschland bei der Verteidigung seines Anspruchs auf Selbstbestimmung bei allen freien Menschen findet, werte ich als einen Ausdruck der Kraft, die die Selbstbestimmung und die Freiheit heute in der ganzen Welt gewonnen haben. Deshalb bin ich auch zuversichtlich, daß es gelingen wird, Deutschland in Frieden und Freiheit wiederzuvereinigen. Keine Macht der Welt, und sei sie noch so stark, kann sich auf die Dauer gegen die Kräfte stemmen, die unsere Welt bewegen.“

#### Generalsekretär der Welthandelskonferenz der UN in Bonn

Dr. Raúl Prebisch, der Generalsekretär der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, hielt sich auf Einladung der Bundesregierung am 4. und 5. Oktober in Bonn auf. Dr. Prebisch wurde von Außenminister Dr. Schröder sowie von den Staatssekretären Lahr und Dr. Vialon empfangen. Weitere Besprechungen fanden in den Bundesministerien für Wirtschaft und für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten statt. Der Besuch diente der Vorbereitung der Weltkonferenz für Handel und Entwicklung, die Ende März 1964 in Genf beginnen wird und an der über 100 Länder teilnehmen werden. In der Konferenz sollen Wege zu einer weiteren Förderung des Welthandels unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer gefunden werden. Dr. Prebisch informierte die beteiligten Ressorts über den Stand der Arbeiten und wurde deutscherseits über aktuelle Fragen der Handels- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung unterrichtet. Bundesaußenminister Dr. Schröder sagte dem Gast jede Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz zu.

#### Deutscher Beitrag zum Sonderfonds und zum Erweiterten Programm für Technische Hilfe (EPTA)

Auf der Beitragsankündigungskonferenz für den Sonderfonds der Vereinten Nationen und für das Erweiterte Programm für

Technische Hilfe konnte der deutsche UN-Beobachter, Botschafter von Braun, am 15. Oktober, vorbehaltlich parlamentarischer Zustimmung, wiederum einen Beitrag der Bundesrepublik in Höhe von 8 Millionen Dollar (32 Millionen DM) ankündigen. Mit diesem Beitrag liegt die Bundesrepublik für 1964, wie schon in den Vorjahren, an dritter Stelle der Beitragsliste nach den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Die Aufteilung des deutschen Beitrags auf die Aufgaben des Sonderfonds und des Erweiterten Technischen Hilfsprogramms wurde den beiden Organisationen anheimgestellt.

#### Die Vereinten Nationen in der Regierungserklärung

Am 18. Oktober 1963 verlas Professor Dr. Ludwig Erhard als neugewählter Bundeskanzler die Erklärung über die außen- und innenpolitischen Grundsätze und Zielsetzungen der von ihm gebildeten Regierung. Die Vereinten Nationen werden im außenpolitischen Teil wie folgt erwähnt:

„Die Bundesrepublik, die wegen der fortdauernden Spaltung Deutschlands nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, bekennt sich zu deren Grundsätzen und Zielen. Das kommt in allen UN-Organisationen und Gremien, denen sie angehört, zum Ausdruck.“

#### Zwei Seminare der DGVN

Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen führt zur Zeit zwei Seminare durch. Das erste findet vom 22. bis 26. Oktober 1963 im Internationalen Institut Schloß Mainau statt und gilt den Aufgaben der Weltgesundheitsorganisation im Rahmen des Jahrzehnts der Vereinten Nationen für Entwicklung. Es ist zugleich das sechste Seminar über internationale Gesundheitsfragen und die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation, das von der Gesundheitskommission der DGVN durchgeführt wird. Das zweite Seminar findet vom 4. bis 8. November 1963 im Europahaus Schliersee statt und behandelt die Aufgabe Europas innerhalb der Vereinten Nationen. Beide Seminare haben sowohl hinsichtlich der Referenten wie der Teilnehmer eine internationale Beteiligung.

## Dokumente

### Teststopp-Vertrag und Entschließungen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung

#### Kernwaffenversuche

Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser vom 5. August 1963

#### P R Ä A M B E L

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, hiernach als „die ursprünglichen Vertragspartner“ bezeichnet,

— die es als ihr Hauptziel erklären, so schnell wie möglich ein Abkommen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter strikter internationaler Kontrolle im Einklang mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen zu erreichen, das dem Wettrüsten ein Ende setzen und den Anreiz zur Produktion und zur Erprobung aller Arten von Waffen, einschließlich von Kernwaffen, beseitigen würde,

— und die die Einstellung aller Versuchs-Explosionen nuklearer Waffen für alle Zeiten zu erreichen suchen, entschlossen, die diesbezüglichen Verhandlungen fortzusetzen, und von dem Wunsche beseelt, der Vergiftung der Umwelt des Menschen durch radioaktive Substanzen ein Ende zu setzen,

haben folgendes vereinbart:

#### A R T I K E L I

1. Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, keine Kernwaffenversuchsexplosionen oder

irgendwelche anderen Kernexplosionen an irgendeinem unter seiner Jurisdiktion oder Kontrolle stehenden Ort durchzuführen, sie zu verbieten und zu verhindern:

a) in der Atmosphäre, auch jenseits ihrer Grenze — einschließlich des Weltraums — oder unter Wasser — einschließlich der territorialen Gewässer oder auf hoher See — oder

b) in irgendwelchen anderen Bereichen, falls eine solche Explosion bewirkt, daß radioaktive Rückstände außerhalb der territorialen Grenzen des Staates auftreten, unter dessen Jurisdiktion oder Kontrolle eine derartige Explosion ausgeführt wird. In diesem Zusammenhang versteht es sich, daß die Bestimmungen dieses Unterabschnitts den Abschluß eines Vertrages nicht präjudizieren, der zu einem ständigen Verbot aller nuklearen Versuchsexplosionen, einschließlich aller derartigen Explosionen unter der Erde, führt, dessen Abschluß — wie die Partner in der Präambel dieses Vertrages erklärten — sie zu erreichen versuchen.

2. Jeder der Partner dieses Vertrages verpflichtet sich außerdem, davon Abstand zu nehmen, die Durchführung jeglicher Kernwaffenversuchsexplosionen oder anderer Kernexplosionen an jeglichem Ort, die in irgendeinem der beschriebenen Bereiche stattfinden oder die in Paragraph 1 dieses Artikels beschriebene Wirkung haben würden, zu verursachen oder zu ermutigen oder sich irgendwie an ihnen zu beteiligen.

#### A R T I K E L I I

1. Jeder Partner kann Zusätze zu diesem Vertrag vorschlagen. Der Wortlaut jedes vorgeschlagenen Zusatzes soll den Depositarregierungen unterbreitet werden, die ihn an alle Partner dieses Vertrages weitergeben werden. Danach sollen die Depositarregierungen, sofern dies von einem Drittel oder mehr der Partner gewünscht wird, eine Konferenz zur Erörterung eines solchen Zusatzes einberufen, zu der alle Partner eingeladen werden sollen.

2. Jeder Zusatz zu diesem Vertrag muß von einer Stimmenmehrheit aller Partner dieses Vertrages, einschließlich der Stimmen aller ursprünglichen Partner, gebilligt werden. Der Zusatz soll für alle Partner mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch eine Mehrheit aller Partner, einschließlich der Ratifikationsurkunden aller ursprünglichen Partner, in Kraft treten.

#### A R T I K E L I I I

1. Dieser Vertrag soll allen Staaten zur Unterzeichnung offen stehen. Jeder Staat, der diesen Vertrag nicht vor seinem Inkrafttreten gemäß Paragraph drei dieses Artikels unterzeichnet, kann ihm zu jedem anderen Zeitpunkt beitreten.

2. Dieser Vertrag bedarf der Ratifizierung durch die Signatarstaaten. Die Ratifikationsurkunden und die Beitrittsurkunden sollen bei den Regierungen der ursprünglichen Partner — den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten